

A. INHALTSVERZEICHNIS

B. Einleitung - Historische und gesellschaftliche Voraussetzungen der Zivilgesellschaft	13
1. Das autonom handelnde Individuum	13
2. Autonomes Denken und Handeln in Über- und Unterordnungsverhältnissen sowie in Herrschafts-Abhängigkeits-Beziehungen	14
C. Staat und Gesellschaft - Zivilgesellschaftsferne und -nahe Staatsformen	17
1. Zivilgesellschaftssferne Staatsformen am Beispiel von Thomas Hobbes	17
1.1. „Der Staat bin ich“	17
1.2. Der Staat als absoluter Souverän - als reale Überperson (Thomas Hobbes)	17
1.2.1. Die akkumulierte Urfreiheit der Individuen	17
1.2.2. Der unaufgelöste Widerspruch bei Hobbes	18
2. Zivilgesellschaftsnahe Staatsformen am Beispiel von Jean Jaques Rousseau	21
2.1. Rousseaus Gesellschaftsvertrag	21
2.1.1. Das Volk als absoluter Souverän	21
2.2. Die Ableitung des Gesellschaftsvertrages aus der Idee der Vernunft (Immanuel Kant)	23
3. Vorstaatliches Naturrecht des Individuums, Gewaltenteilung und der Schutz des privaten Eigentums durch den Staat als Bestimmungsgründe des selbstbestimmten Individuums	29
3.1. Der erfundene Naturzustand John Lockes	29
3.2. Gleichgewicht der Kräfte bei Charles de Secondat Montesquieu	30
3.3. Vorrang für die Volkssouveränität (Emmanuel Joseph Sieyès)	31
3.4. Die vorgeblich „segensreiche“ Wirkung der Ichsucht in Gesellschaft und Staat bei Bernard de Mandeville und Adam Smith	32
D. Die Aussonderung der Zivilgesellschaft aus der Gesamtgesellschaft - Zivilgesellschaftsferne und -nahe Gesellschaftsmodelle	33
1. Zwei Beispiele zivilgesellschaftsferner Gesellschaftsmodelle	33
1.1. Freiheit des Individuums und Anpassung im Konstruktivismus der Systemtheorie - Georg Simmels Hinwendung zur Differenz	33
1.2. Differenz und Identität bei Niklas Luhmann	34
1.2.1. Reduzierung des Individuums auf eine „Form-Person“	35
1.2.2. Autopoietischer Einbezug des Individuums in die Systemtheorie	38
1.2.3. Das Teilsystem „Staat“	41
2. Zivilgesellschaftsnahe Gesellschaftsmodelle am Beispiel der Diskurstheorie	43
	5

2.1. Positionsbestimmung der Zivilgesellschaft in der Diskurstheorie von Jürgen Habermas - Gleichursprünglichkeit von Volkssouveränität und Menschenrechten?	43
2.2. Können Volkssouveränität und Menschenrechte als keines Beweises mehr bedürftige Grundsätze (Axiome) behandelt werden?	45
2.2.1. Machttrieb und gesellschaftliche Vernunft	45
2.2.2. Der negative Einfluss der Geldwirtschaft	46
2.2.3. Schlussfolgerungen	47
2.3. Deliberativer Modus und zivilgesellschaftliches Engagement	47
2.4. Die autonome Öffentlichkeit	49
2.4.1. Norm und Realität	49
2.4.2. Staatliche „Verlautbarungs“öffentlichkeit	50
2.4.3. Falschmeldungen	51
2.4.4. Die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall im Oktober 2000 gegründete Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ in der vermachteten Öffentlichkeit	51
2.5. Negativer Einfluss der systemtheoretischen Aspekte in Habermas' Demokratiemodell auf den zivilgesellschaftlichen Aktionsradius	56
E. Zivilgesellschaft im Umfeld hegemonialer Formationen - Individuum und Macht auf der Ebene der Diskursivität	57
1. Foucaults „Prinzip der Macht“	57
1.1. Foucaults "Macht/Wissen"-Dispositiv	58
1.2. Widerstandswissen und zivilgesellschaftliches Engagement	59
2. Dekonstruktiver Ansatz versus Konsensorientierung - Chantal Mouffe und die Herausbildung einer radikalen und pluralistischen Demokratie	61
2.1. Selbstverwirklichung versus Solidarität bzw. die unendliche Verantwortung gegenüber dem Anderen	62
3. „Logik“ der Hegemonie (Ernesto Laclau) und Zivilgesellschaft	66
3.1. Entwicklungsschritte auf dem Pfad zur Erkenntnis der Unabgeschlossenheit der Gesellschaft	66
3.2. Repräsentation und zivilgesellschaftliches Handlungsfeld	66
3.3. Selbstbestimmung des Subjekts als Folge seiner Unvollständigkeit? (Ernesto Laclau)	68
4. Die politisch-diskursive Produktion des Gesellschaftlichen	72
4.1. Gesellschaft und Staat als hegemoniale Verhältnisse	72
4.2. Die artikulatorische Praxis	72
4.2.1. Die diskursive Formation (im deduktiv-empirischen Ansatz)	72
4.2.2. Erzeugung und Praxis hegemonialer Formationen	74
5. Hegemoniale Praxis und strukturelle Gewalt	77
5.1. Das Verhältnis zwischen hegemonisierender und hegemonisierter Seite in einer hegemonialen Formation	77

5.1.1.	Das ideale Unterordnungsverhältnis	77
5.1.2.	Unausgeglichenes Unterordnungsverhältnis	78
5.2.	Unterdrückungsverhältnisse	79
5.3.	Lagerbildung auf der Ebene der Diskursivität	81
5.3.1.	Bildung und Festigung von Äquivalenzketten auf der Seite der Hegemonisierenden	81
5.3.2.	Bildung von Äquivalenzketten auf der Seite der Hegemonisierten	82
5.3.2.1.	Zwei Ausprägungen des abhängigen Bewusstseins	82
5.3.2.2.	Räume und Unterräume im Bereich der Hegemonisierten	84
5.4.	Wechselspiel zwischen hegemonialer diskursiver Praxis und der Etablierung eines hegemonialen Verhältnisses im strukturierten Ganzen - am Beispiel der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“	85
5.4.1.	Die Entfaltung des „Gedanken-Gefängnisses“	85
5.4.2.	Die Gestaltung des strukturierten Ganzen im Sinne der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“	88
5.4.3.	Globale Kostenreduzierung als transnationale Unternehmensstrategie	89
F. Hegemonie und Staat - hegemoniale Formationen und der Eingriff des Staates		91
1.	Der fragile formlose Gegenhalt hegemonialer Praxen im strukturierten Ganzen	91
1.1.	Der formlose Gegenhalt	91
1.2.	Hegemoniale Formationen und die Besonderheit des Staates	92
1.3.	Das Gewaltmonopol des Staates - Ein kurzer Rückblick in die Geschichte	93
1.4.	Der Staatseingriff zwischen formlosem Gegenhalt und struktureller Gewalt	96
1.4.1.	Strukturelle Gewalt (Johan Galtung)	96
1.4.2.	Der Eingriff des Staates	98
G. Das zivile Element in der Gesellschaft - Zivile Lebensformen		101
1.	Zivilgesellschaft als Begriff	101
1.1.	Zur Begriffsbestimmung von Zivilgesellschaft bei Gosewinkel/Rucht/van den Daele/Kocka und Kaelble	101
1.2.	Anforderungen an das kommunizierende, autonom handelnde Individuum	102
1.3.	Das Terrain des autonom handelnden Individuums	104
1.4.	Das zivilgesellschaftlich engagierte selbstbestimmte autonome Individuum	105
2.	Akteure und zivilgesellschaftliches Umfeld im Spiegel der Theorien	111
2.1.	Zivilgesellschaft als „Prozess der Bestimmung und Veränderung“	

von Grenzen“ bei Dieter Gosewinkel und Dieter Rucht	111
2.2. Stellenwert und Bedeutung von Gewalt für das Konzept der Zivilgesellschaft	116
2.2.1. Grundlegende Positionen Sven Reichardts	116
2.2.2. Das kommunitaristische Modell in Reichardts Gewaltanalyse	118
2.2.3. Gewalt und radikaldemokratisches Konzept der Zivilgesellschaft	120
2.2.3.1. Frankenbergs „grundlegende Konvention“	121
2.2.3.2. Helmut Dubiels Verortung zivilgesellschaftlicher Modelle zwischen „soziologisch-empirischem Phänomen“ und „utopischem Ideal“	124
2.2.4. Bürgertugend und Toleranz im liberalen zivilgesellschaftlichen Projekt	126
2.3. Avishai Magalits Politik der Würde	127
H. Die bereichslogisch orientierte Definition von Zivilgesellschaft	129
1. Gemeinnützige Organisationen als institutioneller Kern der Zivilgesellschaft	129
2. Von der Zivilgesellschaft neu entdeckte sowie von ihr „entkolonialisierte“ Aspekte der Lebenswelt	138
3. Retardierende Effekte neuer Arbeitsformen für die zivilgesellschaftliche Ausrichtung der Gesellschaft	140
3.1. Das diskursive Arbeitsverständnis	140
3.2. Negative und positive Konsequenzen des Arbeitens ohne Zeitmaß	143
I. Begrenzungen und Entfaltungschancen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in einer durch hegemoniale Formationen durchsetzten globalen Gesellschaft	147
1. Zivilgesellschaftliche Durchdringung entgrenzter Zirkulationssphären	147
2. Zivilgesellschaftliche Entfaltungschancen in entgrenzten Zirkulationssphären am Beispiel der Region der Europäischen Union	149
J. Öffnung des Staates zur Zivilgesellschaft - Abkehr von der Vorstellung der staatlichen Administration als heilige Ordnung (Hierarchie) und Aufbrechen der Hierarchie	153
1. Das Verhältnis von Staat und „Volk“ im deutschen Grundgesetz – Eine kritische Aufarbeitung des Bonner Kommentars zum Grundgesetz	153
1.1. Zwischen Thomas Hobbes’ Staats- und Jean-Jacques Rousseaus Gesellschaftsvertrag	153
1.2. Das Prinzip der Repräsentativ-Demokratie	157

1.3.	Entwicklung der parlamentarischen Repräsentation als Ideengeschichte	158
1.4.	Zur „Idee der Repräsentation und ihrer staatsrechtlichen Verwirklichung“	161
1.5.	Der nicht unwesentliche Unterschied zwischen politischem und rechtlichem Sachverhalt	165
2.	Der gemeinwohlorientierte Staat	167
2.1.	Die Entfaltung des Gemeinwohlgedankens	167
2.1.1.	Begriffliche Klärung	167
2.1.2.	Privat - versus Gemeinwohl	167
2.1.3.	Die „außergesellschaftliche Gemeinwohlbestimmung“	168
2.1.4.	Die historische Entfaltung des Gemeinwohlgedankens	169
2.2.	Abkehr von der Prämisse eines „außergesellschaftlichen Gemeinwohls“	172
2.2.1.	Der Verfassungsstaat	173
2.2.2.	Der kooperative Staat	173
2.2.3.	Der Gewährleistungsstaat	175
2.2.4.	Der aktivierende Staat	175
2.3.	Die Suche nach Gemeinwohlbelangen - Macht- und Einflussunterschiede der involvierten Gruppeninteressen	177
3.	Der schwache Staat als Folge entgrenzter Zirkulationssphären	180
3.1.	Der schwache Staat	180
3.2.	Entgrenzte Zirkulationssphären	181
3.3.	Deformationen in der Gemeinwohlbestimmung in entgrenzten Zirkulationssphären am Beispiel Großbritanniens	183
4.	Der zerfallende Staat (failing state) im Aktionsradius hegemonialer Formationen	185
4.1.	Das Verhältnis zwischen hegemonialen Formationen und Staat	185
4.1.1.	Freiwilliger und erzwungener Verzicht des Staates auf die Erhaltung des formlosen Gegenhalts in der Gesellschaft	185
4.1.2.	Verweigerungshaltung etablierter hegemonialer Formationen gegenüber staatlich initiierten Maßnahmen zur Förderung nachwachsender Formationen	186
4.1.3.	Zunehmender Widerstand hegemonialer Formationen gegenüber staatlicher Auslotung ihrer Flexibilitätsspielräume	187
4.1.4.	Nichtanerkennung staatlicher Schlichtertätigkeit und seines Gewaltmonopols	188
4.1.5.	Abnehmende staatliche Handlungsmöglichkeiten, die Sphäre der Diskursivität offen zu halten	189
4.1.6.	Zunehmende Behinderung des Staates, Öffentlichkeit herzustellen und den öffentlichen Raum offen zu halten	191
4.1.7.	Völlige Aussperrung des Staates	191
5.	Das drohende Ende der repräsentativen Demokratie - Kooperationschancen und -hindernisse zur	

	Erhaltung des formlosen Gegenhalts in der Gesellschaft	193
5.1.	Das bestehende Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Staat	193
5.2.	Zunehmende Forderungen nach Volksabstimmungen als Ausdruck des Versagens der repräsentativen Demokratie	195
5.3.	Emanzipationsmöglichkeiten der Bürger vom Staat durch die Nutzung neuer Kommunikationstechnologien	198
5.4.	Rückführung der Legitimation amtlichen Handelns mit Entscheidungscharakter auf das Gesamtvolk als ein entscheidendes Kooperationshindernis	202
Anhang I: Positionierung des Staates gegenüber den Forderungen der „Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) unter der Maßgabe, den formlosen Gegenhalt zu erhalten		-
		207
1.	Der Weg der SPD vom Aufschrei als Oppositionspartei über den hinhaltenden Widerstand als Regierungspartei bis hin zum teilweisen Einverständnis	207
2.	Zunehmend prekäre Balance zwischen der Bereitwilligkeit der Regierung, INSM-Forderungen entgegen zu kommen, und der wachsenden Parteien- und Staatsverdrossenheit der Bevölkerung	210
2.1.	Der Forderungskatalog der INSM	211
2.2.	Abnehmende Steuereinnahmen des Staates – Unbezahlbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und Berufung der Rürup-Kommission	212
2.3.	Die Vorschläge der Hartz-Kommission, deren Umsetzung in neue Arbeitsmarktregularien und die absehbaren gesellschaftlichen Folgen	214
2.3.1.	Eine Vorbemerkung	214
2.3.2.	Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission zur Neuregelung des Arbeitsmarktes in die Praxis ab Januar 2003	215
2.3.3.	Gesundheitspolitische Maßnahmen der rot-grünen Regierung sowie der nachfolgenden Koalitionsregierung von CDU/CSU und SPD zur Erhaltung des formlosen Gegenhalts	219
2.3.4.	Bürger(versicherung) und (Gesundheits)prämie = Bürgerprämie	223
2.3.5.	Die Eckpunkte für die Gesundheitsreform der schwarz-roten Koalition - nach Cordula Eubel, Tagesspiegel, 4.7.2006	226
2.3.6.	Zusammenspiel zwischen INSM und südlichen Bundesländern zur Aufweichung der Eckpunkte	227
2.3.7.	Rentenpolitik der rot-grünen Regierung sowie der nachfolgenden Koalitionsregierung von CDU/CSU und SPD zur Erhaltung des formlosen Gegenhalts	228
2.3.8.	Der Weg der rot-grünen Regierung zurück ins 19. Jahrhundert	228
2.3.9.	Die Steuerpolitik der rot-grünen Regierung und der großen	

Koalition im Dienst der Erhaltung des formlosen Gegenhalts	230
2.3.10. Unbeabsichtigte und intendierte Steuergeschenke der rot-grünen Regierung	231
2.3.11. Steuerpolitik der großen Koalition	234
3. Die INSM jenseits ihres Zenits	235
Anhang II: Globalisierung oder die Folgen entgrenzter nationaler Zirkulationssphären	239
1. Entgrenzungsszenarios	239
1.1. Szenarios zweier sich entgrenzender Zirkulationssphären	239
1.2. Die Pax Americana als Beispiel einer auf Globalität ausgelegten Zirkulationssphäre	240
2. Globales Umfeld und der Aktionsradius transnational tätiger Unternehmen	241
3. Die Gesellschaft unter dem Einfluss der globalen Kostensenkungs- und Nutzenmaximierungsspirale am Fallbeispiel Bundesrepublik Deutschland	242
3.1. Umverteilung von unten nach oben – die soziale Abwärts-spirale	242
3.2. Verschlechterte Arbeitsbedingungen für die noch Beschäftigten als Folge einer „unfairen“ Globalisierung	243
Anhang III: Der zerfallen(d)e Staat im Horizont von Global Governance Theoretikern	247
1. Die Forderung nach Good Governance	247
2. Der Staat als „Interdependenzmanager mit komplexen Organisationsaufgaben“ in der Global Governance Theorie	250
3. „Good Governance“ – eine Forderung mit „idealistischem Beigeschmack“	252
3.1. Zurückweisung von Good Governance Prinzipien durch eine nationalstaatlich ausgerichtete Interessenpolitik am Beispiel Chinas	252
3.2. Der niedrige Stellenwert der acht Good Governance Prinzipien in us-amerikanischen Hegemonialbestrebungen	253
3.3. Das Bekenntnis der Europäischen Union zu Global Governance und die Folgen für die Nachbarschaftspolitik der EU	257
3.4. Notwendige Distanzierung der EU von us-amerikanischen Hegemonialbestrebungen	259
3.5. Nationale Interessenwahrung der EU am Beispiel des Pipelineprojekts „Nabucco“	260
K. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	263
1. Begriffsbestimmung von Zivilgesellschaft	263
2. Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft	264
3. Die bereichslogisch orientierte Definition von Zivilgesellschaft	

im Kontext wechselseitiger Abhängigkeit gesellschaftlicher Kräfte	265
3.1. Das autonom handelnde selbst-bestimmte Individuum	265
3.2. Die Akteure des zivilgesellschaftlichen Umfelds im Spiegel der Theorien	265
3.2.1. Das normative Zivilgesellschaftsverständnis und die Flucht in das Konzept	265
3.2.2. Deskriptives oder bereichslogisches Verständnis von Zivilgesellschaft	267
4. Zivilgesellschaftliches Engagement im Umfeld hegemonialer Formationen	269
4.1. Abkehr von der Vorstellung der staatlichen Administration als heilige Ordnung und Aufbrechen der Hierarchie für zivilgesellschaftliches Engagement	270
4.2. Der Weg der SPD vom Aufschrei als Oppositionspartei über den inhaltenden Widerstand als Regierungspartei bis hin zum teilweisen Einverständnis mit den Forderungen der „Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM)	272
4.3. Der begrenzte Lebenszyklus hegemonialer Formationen	275
4.4. Die Gefährdung des Gemeinwohls	277
4.5. Kooperationsmöglichkeiten zwischen Staat und Zivilgesellschaft	278
4.5.1. Die Schwächung des Staates durch hegemoniale Formationen	278
4.5.2. Freiwilliger oder erzwungener Verzicht des Staates auf die Erhaltung des formlosen Gegenhalts in der Gesellschaft	280
4.6. Staat und Zivilgesellschaft	282
L. Literaturverzeichnis	287